



„Insgesamt war das eine wahnsinnige Situation“

asyl aktuell hat zwei Kolleginnen und zwei Kollegen eingeladen, die in unterschiedlichen Funktionen seit vielen Jahren im Asylbereich tätig sind und auch die Zustände vor Einführung der Grundversorgung kannten. Mit *Andrea Eraslan-Weninger (Verein Intergrationshaus)*, *Ekber Gercek (Volkshilfe Oberösterreich)*, *Gerlinde Hörl (Caritas Salzburg)* und *Christoph Riedl (Diakonie)* sprach *Herbert Langthaler*.

Andrea Eraslan-Weninger, langjährige Geschäftsführerin des Integrationshauses: Als ich im *Integrationshaus* angefangen habe, waren ca. zwei Drittel aller Asylwerber:innen auf der Straße.

asyl aktuell: Wir wollen zuerst auf die Zeit vor 2004 zurückblicken, bevor wir diskutieren ob und wie sich die Grundversorgung entwickelt hat und welche Missstände und Probleme noch gelöst werden müssen.

Ekber Gercek: Ich habe 1999 in Linz zu arbeiten begonnen in der Lunzerstraße als Zivildienner. Damals gab es in diesem Hochhaus im Besitz der VÖEST Bunde-

squartiere und Notquartiere. Wir von der Volkshilfe hatten unsere Büros vor Ort und betrieben ein kleines Wohnprojekt. Jeden Mittwoch wurden Menschen aus der Bundesbetreuung entlassen und diese Personen sind dann zu uns in die Büros gekommen, weil sie Unterkunft brauchten. Es gab keine passenden Quartiere, aber wir haben versucht, sie nach bestem Wissen und Gewissen unterzubringen.

round table

Die Situation vor 2004 war eine herausfordernde Zeit. Vieles, was wir seit 2004 kennen, war keine Selbstverständlichkeit. Es gab zum Beispiel keine Selbstversorgungsquartiere, sondern nur Vollversorgung. Es gab auch nur vereinzelt Zugang zu medizinischen Leistungen und wir mussten Bettelbriefe an Fachärzt:innen schreiben, damit die Personen behandelt werden. Sehr viele haben gesagt: „Nein, wir haben schon zwei, drei Flüchtlinge, ich mag keine mehr in die Ordination aufnehmen.“ Das war sehr, sehr mühsam. Außer beim Zahnambulatorium, die haben jedes Mal gesagt: „Schreibt’s eine Bestätigung, schickt’s sie herein, sie müssen eben ein paar Stunden warten, drankommen werden sie auf jeden Fall.“

Es gab auch nur Sachleistungen. Ich kann mich erinnern, dass eine Mitarbeiterin der Bundesbetreuung in Oberösterreich ihre Touren gemacht und Bekleidung ausgeteilt hat. Was wir jetzt kennen, Tagssatz, Bekleidungsgutscheine, Schulgeld und teilweise auch Freizeitgeld, das hat es damals nicht gegeben. Die Umstellung auf die Grundversorgung war eine große Verbesserung.

aa: Frau Hörl, erzählen Sie uns bitte, wie ihre Erfahrungen in Salzburg waren?

Gerlinde Hörl: Ich habe 1999 in der *Caritas Salzburg* gestartet und zwar in der Rückkehrhilfe, die damals erstmalig in den Bundesländern Wien, Salzburg und Steiermark umgesetzt wurde. Ich habe versucht, gute Beratungsleistungen anzubieten. Gleichzeitig gab es am selben Standort ein Flüchtlingsquartier für 30 Personen, das vom Land finanziert wurde. Es gab dort nur Vollversorgung und eine Betreuung vor Ort. Die Menschen haben keine finanziellen Leistungen, keine Bekleidung und ähnliches bekommen, weil es kein Bunde-

squartier war. Mit dem Jahr 2000 bin ich dann in die Unterbringung gewechselt. Durch die Kosovo-Krise war das Haus übertoll und wir mussten schauen, wie wir irgendwie zu Rande kommen. Das Haus wurde erst im Jahr 2004 zu einem Grundversorgungsquartier. Aktuell bin ich als Fachbereichsleitung Migration und Chancen für alle Projekte, die wir im Asyl- und Integrationsbereich in Salzburg durchführen, zuständig.

aa: Das ist interessant. Hat es in anderen Bundesländern auch Landeseinrichtungen gegeben, Herr Riedl und Herr Gercek?

Christoph Riedl: Ich war ab 1995 aktiv, zuerst bei der Deserteursberatung, die ich ja damals mitbegründet habe aus der *ARGE Wehrdienstverweigerung* heraus. Ich bin ein paar Jahre später eingestiegen und habe dann angefangen, beim *Diakonie*-Flüchtlingsdienst im Unterbringungsbereich zu arbeiten. Dann bin ich relativ rasch in die Rechtsberatung gewechselt.

In Wien hat es keine Landesquartiere gegeben, in Niederösterreich auch nicht. In Wien hatte die *Caritas* Notquartiere und wir haben dann auch welche eröffnet. Grundsätzlich waren in Wien Asylwerber:innen von der Obdachlosenversorgung

Wir mussten Bettelbriefe an Fachärzt:innen schreiben, damit die Personen behandelt werden.

und von der Sozialhilfe ausgenommen, deswegen hat die Gemeinde Wien Verträge mit Hilfsorganisationen abgeschlossen und Quartiere finanziert. Es wurde nicht nach irgendwelchen Standards gefragt, sondern einfach gesagt: „Da habt’s ein

Geld und macht's damit, was ihr wollt's." Wir mussten die Häuser vom Keller bis zum Dachboden mit Menschen vollstopfen, damit sie nicht auf der Straße standen. Die Gemeinde Wien selbst hätte niemals Menschen auf so engem Raum unterbringen können, wie wir das gemacht haben aus der Not heraus.

aa: ... und in Oberösterreich?

EG: Wir hatten Landesquartiere in Linz, Vöcklabruck, Gmunden oder Freistadt und Rohrbach. Das waren Kleinquartiere mit 20 bis 30 Personen. Die Finanzierung ist über den damaligen Landesrat Josef Ackerl (SP) gelaufen, der für Soziales zuständig war. Es war also eine Landesfinanzierung, wie wir sie jetzt kennen.

Wir haben dort erstmals mit Selbstversorgung gestartet und zweimal im Monat Verpflegungsgeld ausbezahlt. Am Anfang wollte man das nicht erlauben, weil

wo Vertriebene in Massenunterkünften untergebracht waren – nur mit Leintüchern voneinander getrennt. Ich kann mich an einen Mann erinnern, der einen Karton am Kopf gehabt hat, um sich so einen Rückzugsraum zu schaffen in dieser Enge des Quartiers, in dem Lärm.

Unsere Motivation war es, einen Ort zu schaffen, wo professionelle Flüchtlingsarbeit passiert, wo es menschenwürdige Unterkünfte gibt, die auch einen bestimmten Standard aufweisen. Das war die Gründungsidee: eine ganzheitliche, professionelle Betreuungseinrichtung mit Psycholog:innen, Sozialarbeiter:innen, Sozialpädagog:innen, aber vor allem mit mehrsprachigem Personal, das die Sprachen der Geflüchteten kennt. Die Finanzierung war möglich, weil ca. 60 Prozent der Bewohner:innen aus der Bosnienhilfe kamen und es schon eine tagsatzunterstützte Finanzierung gab. Die anderen 40 Prozent waren aber Asylwerber:innen, die auf der Straße gestanden sind und die haben wir nur mit Spenden und Erlösen von Benefizveranstaltungen finanzieren können. Für die Aufnahme haben wir eine Abklärung gemacht mit Sozialarbeiter:innen, klinischen und Gesundheitspsycholog:innen, damit wir die Menschen aufnehmen konnten, die einen besonderen Betreuungsbedarf hatten.

aa: Christoph Riedl, Sie waren am Hotspot schlechthin, in Traiskirchen. Wie ist es dort gelaufen?

CR: Die Faustregel war so ungefähr: Ein Drittel in Bundesbetreuung, ein Drittel obdachlos bei uns vor der Tür, ein Drittel ist in andere Staaten weitergezogen. Die Auswahl, das werde ich nie vergessen, das war wirklich grauslich, was wir gemacht haben. Wir haben uns im Pfarrsaal (der evangelischen Kirche) ein behelfsmäßiges

Wir mussten die Häuser vom Keller bis zum Dachboden mit Menschen vollstopfen.

man geglaubt hat, die Geflüchteten werden das Geld versaufen oder weitergeben.

Dann hat auch die Caritas zwei kleinere Quartiere aufgesperrt, aber das, was man heute kennt, Mindeststandards, wie wir sie dann 2014 bekommen haben, das gab es damals natürlich nicht.

aa: Das Integrationshaus in Wien ist ja auch aus einer Notsituation entstanden, oder?

Andrea Eraslan-Weninger: Als ich im Integrationshaus angefangen habe, waren ca. zwei Drittel aller Asylwerber:innen auf der Straße. Dazu kam der Bosnienkrieg,



Büro eingerichtet. Das war immer die erste Tätigkeit in der Früh. Alle, die da waren, wurden auf Listen geschrieben und zusätzlich wurde vermerkt, wer von ihnen obdachlos war – es waren immer mehr als die Hälfte. Und wir haben dann den Tag so verbracht, dass wir schon in der Früh angefangen haben, alle Einrichtungen – die der Caritas und die eigenen Häuser, die Missionarinnen der Nächstenliebe einfach alle, die Flüchtlinge aufgenommen haben – durchzutelefonieren und zu fragen: „Wie viele Plätze habt ihr heute? Wie viele könntet ihr nehmen?“ Das war dann ungefähr die Hälfte von den Plätzen, die wir gebraucht hätten. Und bei den anderen waren wir gezwungen, uns Kriterien zu überlegen. Zum Beispiel: Nigerianer:innen nehmen wir eher nicht, weil die am ehesten eine Community haben, wo sie unterkommen können. Aber bei Leuten, die keine Community im Land haben oder die ganz neu hier sind, schauen wir, dass wir sie unterbringen. Dann haben wir noch Kriterien hinzugefügt wie: Ist jemand krank? Hat jemand offensichtlich Fieber, glasige Augen? Meistens hat es damit geendet, dass uns die Afrikaner:innen als Rassist:innen

beschimpft haben. Das tat natürlich weh. Aber beschimpft wurden wir zu Recht. Diese Ohnmacht, die wir dabei verspürten, war unerträglich. Ich werde das niemals vergessen können.

Wir haben dann nicht selten am Abend Leute wegschicken müssen bzw. gegen Bezahlung in Pensionen untergebracht, dort, wo es uns besonders notwendig erschienen ist. Aber man ist immer völlig verzweifelt heimgegangen und hat das nie lösen können. Es war schrecklich. Ich habe die Bilder noch im Kopf wie sich Leute im Winter im T-Shirt in der Bushaltestelle Feuer gemacht haben, um sich ein bisschen zu wärmen. Es waren wirklich dramatische Situationen.

Wir haben auch täglich mit dem Innenministerium über Notfalllisten verhandelt. Es wurden von der zuständigen Abteilung völlig absurde Kriterien erfunden – täglich neue, wenn sie nicht in Bundesbetreuung nehmen, z.B. Leute aus Weißrussland. Weißrussland war damals gerade in den Europarat aufgenommen worden und es wurde gesagt: „Na also, wenn die Mitglied im Europarat sind, dann nehmen wir keine Weißruss:innen in Bundesbetreu-

Ich habe 1999 in Linz zu arbeiten begonnen in der Lunzerstraße als Zivildienstler. Damals gab es in diesem Hochhaus im Besitz der VOEST Bundesquartiere und Notquartiere.



Christoph Riedl, *Diakonie*: Es war schrecklich. Ich habe die Bilder noch im Kopf wie sich Leute im Winter im T-Shirt in der Bushaltestelle Feuer gemacht haben, um sich ein bisschen zu wärmen.

ung.“ Und wir haben bei humanitären Fällen, bei Schwangeren und Kranken, trotzdem versucht zu verhandeln.

Gertrude Hennefeld (Gründermutter des *Diakonie Flüchtlingsdienst*) und der Leiter der Abteilung im *BMI*, Dr. Demel, haben sich regelmäßig angebrüllt, eine Viertelstunde lang. Letztlich ist dann trotzdem irgendwie ein bisschen was gegangen. Aber insgesamt war das eine wahnsinnige Situation.

aa: Was mir besonders in Erinnerung geblieben ist, ist das mobile Notquartier. Wie hat das funktioniert? Hat es das nur in Wien gegeben oder auch in Salzburg?

GH: In Salzburg gab es das mit der *Caritas* und mit Pfarreien, wobei wir anfänglich von Pfarre zu Pfarre gewechselt sind. Wir haben uns dann als *Caritas* entschieden, in einer Pfarre ein fixes Notquartier einzurichten. Wir waren aber auf die Unterstützung der Pfarren angewiesen.

In Salzburg gab es zwei Notquartiere des Bundes, wo Menschen nach der Asyl-antragstellung hindurften. Sobald ein erstes Asylinterview stattgefunden hat und

sie nicht den Kriterien entsprochen haben, weil sie aus dem falschen Land waren oder ein Handy mit dabei hatten – Handybesitz war ja damals Ausschlussgrund aus der Bundesbetreuung – sind sie wieder bei uns gestanden. Die Warteliste ist immer länger geworden und wenn dann gar nichts mehr geholfen hat, haben wir unseren Saal aufgemacht. Im Winter haben wir alle Autos aus dem Fuhrpark der *Caritas* am Abend geöffnet und mit Decken und Schlafsäcken ausgestattet, damit die Menschen ein wohl kaltes, aber zumindest irgendein Dach über dem Kopf hatten.

aa: In einigen Bundesländern, wie Tirol, haben Asylwerbende Sozialhilfe bekommen. Wie war das geregelt?

CR: In Niederösterreich war es in manchen Ausnahmefällen möglich, aber auch nur bei gewissen Bezirkshauptmannschaften, bei wohlwollenden Beamt:innen. Aber in Wien war es dezidiert ausgeschlossen.

GH: In Salzburg gab es für alle Asylwerbenden, die nicht in Bundesbetreuung waren, und die einen rechtmäßigen,

round table

durchgängigen Aufenthalt über sechs Monate nachweisen konnten, einen Zugang zur Sozialhilfe.

CR: Zum mobilen Notquartier wollte ich noch sagen: Ja, es gab das in Wien und in manchen angrenzenden Gebieten in Niederösterreich. Es war aber immer so, dass der Aufenthalt strikt auf zwei Wochen pro Pfarre beschränkt war und dann hat eine andere Pfarrgemeinde übernommen. Letztendlich war es von der Anzahl der Leute, die damit versorgt werden konnten, sehr überschaubar. Es war aber eine gute PR-Aktion, um auf das Problem aufmerksam zu machen.

AE-W: Ich habe zwischen 1980 und 1983 im Rahmen des Magistrats in der Sozialhilfe mit Geflüchteten gearbeitet und das war eigentlich ein System, das damals nicht schlecht funktioniert hat. Asylwerber:innen konnten damals einfach Traiskirchen verlassen. Mit der Sozialhilfe in Wien war es durch die „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ möglich, für eine Wohnungskautionsunterstützung zu erhalten und die Menschen haben dann langsam in Wien Fuß gefasst. Nachdem die Anzahl aber größer geworden ist, wurden zuerst rechtswidrige Weisungen erteilt, Asylwerber:innen keine Sozialhilfe mehr zu gewähren, und dann, nachdem gerichtlich durchgefochten worden war, dass das rechtswidrig ist, hat man das Sozialhilfegesetz geändert und Asylwerber:innen ausgeschlossen.

Grundversorgung dank

EU-Aufnahmerichtlinie

aa: Wie war das 2004? Wie ist es dazu gekommen, dass es eine flächendeckende Grundversorgung und die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern gegeben hat? Was waren die Voraussetzungen?

AE-W: Wir haben die Jahre davor schon gefordert, dass die Aufnahmerichtlinie auch in Österreich endlich umgesetzt werden muss. Es gab auch von der EU Kritik, die festgestellt hat, dass in Österreich zwei Drittel der Asylwerber:innen obdachlos sind.

CR: Es war die Zeit, wo wir als NGOs die Bundesbetreuungsklage eingebracht haben. Das hat zwar Jahre gedauert, dann haben sich aber sämtliche NGOs und auch UNHCR zusammengetan und in einen Fonds eingezahlt, damit man sich die Klage leisten kann. Es war ein Fall der *Diakonie*: Eine Familie, die jahrelang bei uns im Flüchtlingshaus in der Grimmgasse gewohnt hatte. Wir haben die Kosten für die

„Die Warteliste ist immer länger geworden und wenn nichts mehr geholfen hat, haben wir unseren Saal aufgemacht.“

Unterbringung der Familie eingeklagt. Allerdings aufgrund des Prozessrisikos nur einen Teil der Summe.

Wir haben dem Innenministerium eine Rechnung geschickt, weil wir ihnen eine Gelegenheit geben mussten, das einfach zu bezahlen. Ich glaube, das waren um die 1,5 Millionen Schilling. Ich war gerade in Traiskirchen in der Beratung als mich Dr. Demel angerufen hat, der Leiter der Grundversorgungsabteilung. Es war gerade Mittag und die Kirchenglocken haben über uns geläutet. Es war total laut. Ich habe ihn kaum verstanden. Er hat ins Telefon gebrüllt: „Herr Magister, Herr Magister, keinen Groschen werden sie sehen von uns! Keinen Groschen!“

Als wir die Klage – in zweiter Instanz – gewonnen hatten, war für die Politik klar, dass es höchste Zeit war, die EU-Richtlinie umzusetzen.

aa: Gab es und gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern? In manchen Bundesländern wie Oberösterreich oder Niederösterreich hat es vor 2004 Bundesbetreuungsquartiere von Privaten oder NGOs gegeben. In anderen Bundesländern wie in Tirol hat es fast nichts gegeben. Dort hat es dann das Land gemacht. Wie ist die Umsetzung der Gesetze dann gelaufen?

EG: Wir haben die Umstellung als sehr produktiv, intensiv und notwendig empfunden. Ab dem Zeitpunkt haben wir mehrere kleinere, überschaubare

Quartiere in OÖ eröffnet. Wir haben die Standards gemeinsam besprochen. Es gibt sehr viele gewerbliche Quartierbetreiber:innen, die aus wirtschaftlichen Gründen Vollversorgung wollten. Damit gab es sehr viele Probleme, weil das Essen nicht gepasst hat, weil vermutet wurde, dass Schweinefleisch verwendet wird oder Klient:innen Diäten halten mussten. Gemeinsam mit der Caritas haben wir viele kleinere Objekte mit notwendigen Mindeststandards schaffen können.

CR: Das System der alten Bundesbetreuung ist in die Grundversorgung übernommen worden. Zu Zeiten der Bundesbetreuung waren Quartiere regional hauptsächlich beschränkt auf Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Teile der Steiermark. Es gab im Wesentlichen das Lager Traiskirchen und das viel kleinere in Thalham in Oberösterreich, von wo die Leute in umliegende Quartiere verschickt wurden. Alles andere in der Grundversorgung ist dann neu aufgebaut worden.

GH: In Salzburg hat es auch schon einige Bundesbetreuungsquartiere gegeben. Das waren alte Gasthöfe von Privatanbieter:innen, die sind alle in die Grundversorgung übernommen worden. Dieses System ist ja lange weitergeführt worden, bis 2013 Landesrätin Martina Berthold mehr von NGOs geführte Quartiere mit höheren Standards wollte.

Die unbegleiteten Minderjährigen waren auch schon länger ein Thema. Ab 1997 hat es die Kampagne Menschenrechte für Kinderflüchtlinge gegeben und 2001 wurden in fünf Bundesländern Clearingstellen eingerichtet. 2004 sind dann viele dieser Einrichtungen zu Dauereinrichtungen geworden, allerdings ohne kostendeckende Tagessätze.

Ekber Gercek, *Volks-hilfe Oberösterreich*: Wichtig ist es, neue Modelle zu entwickeln, damit man bei Arbeitsaufnahme in der Grundversorgung bleiben kann.



round table

aa: Was hat sich verändert in diesen 20 Jahren? Kann man sagen, es hat sich irgendwann konsolidiert? Und wie lange hat das gebraucht, dass es einigermaßen auf einem Niveau war, wo man sagen konnte, von hier weg kann man jetzt etwas verbessern?

AE-W: Die Einführung der Grundversorgung war ein Riesenschritt, aber man ist auf halben Weg stehen geblieben. Es hat weiter große Mängel gegeben, zum Beispiel bei der Betreuung von Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf, wo die Tagsätze so niedrig sind, dass man doppelt so viel Geld braucht, um die Leute adäquat zu versorgen. Welche Träger mit der Grundversorgung beauftragt wurden, führte zu großen Unterschieden in der Qualität der Betreuung. Weil es nicht nur gemeinnützige NGOs waren, sondern auch gewinnorientierte private Anbieter:innen. Auch zwischen den Bundesländern gibt es nach wie vor große Unterschiede. In Wien, wo es Qualitätsleitlinien für die Unterbringung gibt und sehr viel intensivere Betreuung verlangt wird, führt das zu einem wesentlich höheren Niveau als in anderen Bundesländern. Aber auch in der Frage, was die Trägerorganisationen bekommen, ist Wien, wo jetzt die Abrechnung nach den tatsächlichen Kosten eingeführt wird, ein Vorbild.

EG: Ab 2004 haben mehrere Private Quartiere für Geflüchtete angeboten. Die Qualität war leider nicht vergleichbar mit NGO-Quartieren, so hatten sie durch die Bank Vollversorgung. Im Rahmen von Information, Beratung und Betreuung haben wir die Sozialbetreuung in den Quartieren übernommen, mit einem Betreuungsschlüssel von 1:170, der nach vielen Jahren auf 1:140 erhöht wurde. Die meisten Probleme in den Quartieren gab es mit überbelegten Zimmern und mit unzurei-

chenden Standards. Wir haben verschiedene Projekte gestartet wie unser Quartier für UMFs. Es war eines der ersten überhaupt, in der Blütenstraße in Linz. Ebenso ein Quartier, das in erster Linie für geflüchtete Frauen war, oder das Therapieprojekt

Wien, wo jetzt die Abrechnung nach den tatsächlichen Kosten eingeführt wird, ist bei der Finanzierung ein Vorbild.

Oasis. Verträge mit dem Land hat es für diese Projekte jahrelang ebenso wenig gegeben, wie für die mobile Sozialbetreuung.

Als Fortschritt würde ich auch erwähnen, dass die neue Regelung Privatverzug ermöglicht hat. Wenn jemand der Sprache halbwegs mächtig ist, dann soll die Person auch privat wohnen können.

AE-W: Die private Unterbringung hatte auch den Pferdefuß, dass von Anfang an die Kostensätze viel zu gering waren, so dass man entweder die Miete zahlen kann oder den Lebensunterhalt, aber sicher nicht beides. Privat wohnen ist etwas ganz was Wichtiges, was gefördert werden sollte. Aber es bedarf dazu ganz anderer Kostensätze.

GH: Man muss wissen, dass diese ersten Kostensätze aus den Erfahrungen vom Bosnien-Krieg und der Kosovokrise hervorgegangen sind. Die Menschen wurden von ihren Verwandten aufgenommen und diese sollten dafür eine Unterstützung bekommen. Das war die Grundlage dafür, dass man damals die Kostensätze für Privatwohnende so niedrig angesetzt hat. Man hat das nie verändert.

AE-W: Wenn man die Arbeit mit Geflüchteten mit anderen Feldern der Sozial-

arbeit vergleicht, sieht man, überall war es eine Selbstverständlichkeit, dass Kostenätze valorisiert worden sind. Die fehlende Valorisierung ist ein großes Problem.

aa: Also es war praktisch der perpetuierte Notstand?

CR: Für mich sind es vor allem zwei Dinge, die sich durch die Einführung der Grundversorgung geändert haben. Das eine Positive ist der Rechtsanspruch auf Unterbringung. Bei allen Streitigkeiten über gewisse Zielgruppen und ob man Menschen, die rechtskräftig negativ sind, rausschmeißen kann oder nicht, ist klar, dass grundsätzlich alle, die im Asylverfahren sind, einen Anspruch auf Unterbringung haben. Und das andere waren die Sozialbetreuungsverträge, die es zusätzlich gegeben hat. Wenn auch auf einem viel zu niedrigen Niveau.

Ansonsten haben sich alle Verbesserungen aus dem Engagement der NGOs entwickelt. Das Innenministerium und die Länder wollten einfach das alte System weiterführen und haben nie überlegt, wie

man ein Betreuungssystem für Flüchtlinge aufsetzen könnte. Wie man feststellen könnte, wer vulnerabel ist und wer was braucht. Das hat es alles nie gegeben eigentlich bis die *BBU* gekommen ist, wo man nun erstmals angefangen hat, Konzepte zu entwickeln.

GH: Das Chaos mit fehlenden Quartieren haben wir 2015/16 erlebt und dann 2022 wieder und wir werden es aller Wahrscheinlichkeit nach bei einer weiteren Krise erneut erleben. Daraus wurden keine Konsequenzen gezogen und keine längerfristigen Überlegungen getroffen. Man sollte nicht wieder damit anfangen zu fragen, wo bringt man Menschen unter? Muss man wieder Zelte aufstellen?

Wenn man qualitätsvolle Quartiere und adäquate Betreuung haben will, dann hat das auch seinen Preis. Grundversorgung muss auch für NGOs kostendeckend möglich sein, mit einem guten und qualitätvollen Angebot.

Es muss auch festgelegt werden, mit welchen Standards Grundversorgung angeboten werden muss. In Salzburg erleben



Die private Unterbringung hatte auch den Pferdefuß, dass von Anfang an die Kostenätze viel zu gering waren.



Gerlinde Hörli, Caritas Salzburg: Im Winter haben wir alle Autos aus dem Fuhrpark der Caritas am Abend geöffnet und mit Decken und Schlafsäcken ausgestattet.

wir immer wieder, dass versucht wird, Standards einzuhalten, die in der Krise aber außer Kraft gesetzt werden. Es wird dann aber schwierig von der Notversorgung zur Regelversorgung zurückzukommen und es besteht die Gefahr, dass mit jeder Krise die Standards nach unten nivelliert werden.

Die Quartiere sollten auch nicht im hintersten Tal situiert werden, sondern mit einer entsprechenden Infrastruktur in der näheren Umgebung. Bei den regionalisierten Quartieren müsste geklärt werden, wie Mobilität besser gestaltet werden kann.

aa: Was muss sich dringend ändern? Was sind die brennendsten Punkte? Und ein wenig darüber hinaus gehend: Was würden Sie sich für die Zukunft der Grundversorgung wünschen?

AE-W: Einerseits ist es ganz wichtig, dass man die Grundversorgung nicht isoliert sieht, weil Geflüchtete eine ganzheitliche Betreuung brauchen. Bildungsprojekte, Arbeitsmarktintegration und alle diese Faktoren spielen sehr eng zusammen und gehören auch gemeinsam gedacht. Ganz wichtig ist, für subsidiär Schutzberechtigte österreichweit einen Sozialhilfeanspruch sicherzustellen. Weiters müssen die Ukrainer:innen dringend

aus der Grundversorgung heraus und in das Sozialhilfesystem übergeführt werden. Das würde Integration fördern. Wichtig ist es, neue Modelle zu entwickeln, damit man bei Arbeitsaufnahme in der Grundversorgung bleiben kann. Hier eine Brücke in den Arbeits- und Wohnungsmarkt zu schaffen, sehe ich als einen ganz wesentlichen Punkt.

Wir haben damals bei den Bosnier:innen noch ein Ansparmodell gehabt: Die Leute konnten arbeiten, haben angespart und damit z.B. die Einstiegskosten für eine Genossenschaftswohnung finanziert. Ich kenne viele Leute noch von damals, die alle noch in dieser Wohnung wohnen, die sie damals bekommen haben.

EG: Wir bemerken in Oberösterreich, dass einige wenige gewerbliche

Das Innenministerium und die Länder wollten einfach das alte System weiterführen.

Betreiber:innen gleich mehrere Quartiere aufsperrten. Auch altbekannte Player wie *ORS/European Homecare* tauchen wieder auf. Sie wollen in Oberösterreich in die Grundversorgung mit Erwachsenen- und UMF-Quartieren einsteigen. Diese Firmen

sind gewinnorientiert und nicht so kritisch wie NGOs, das macht es für die Länder leichter. Standards müssen überwacht und eingehalten werden.

Was notwendig ist, sind Sprachkurse. Oft bekommen diese nur Menschen mit „hoher Bleibewahrscheinlichkeit“, zu die-

beit leisten kann. Wir brauchen Startwohnungen für jene, die einen positiven Bescheid bekommen und aus der Grundversorgung hinausmüssen. Diese Menschen finden meist keine Wohnung. Es müsste ein Startpaket geben für jene, die Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, damit sie Kautions bezahlen und sich einrichten können.

CR: Anfangen muss man damit, dass man ein Anamnesegespräch führt und sich anschaut, was haben die Menschen überhaupt für einen Betreuungsbedarf. Dann muss es zu dem, was man feststellt, auch die Quartiere mit entsprechender Betreuungsintensität geben. Das Quartierangebot muss viel breiter sein, als es das jetzt ist. Kranke Menschen sollten so lang wie möglich im Familienverband oder Freundeskreis betreut werden können. Mit ambulanten Leistungen, die man reinholt, bevor man junge Menschen in Pflegeheime abschiebt, wo sie dann völlig isoliert sind.

Was den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft, ist das System, glaube ich, relativ unreformierbar. Ich würde stark dafür plä-

Es besteht die Gefahr, dass mit jeder Krise die Standards nach unten nivelliert werden.

ser Gruppe gehören Syrer:innen und vielleicht Somalier:innen. Viele andere haben de facto keinen Zugang zu Deutschkursen von Anfang an.

Es gibt viele vulnerable Gruppen, aber Quartiere mit 24-Stunden-Betreuung für diese Personen gibt es kaum. Wir haben sehr viele ältere Menschen, die Hilfe brauchen, aber keine Hilfe bekommen. Wir haben noch immer einen Betreuungsschlüssel von 1:140 für die mobile soziale Betreuung, mit dem man keine soziale Ar-



Das waren alte Gasthöfe von Privatanbieter:innen, die sind alle in die Grundversorgung übernommen worden.



Es ist schwierig und für die Menschen beängstigend, wenn sie innerhalb dieser vier Monate keinen Wohnraum finden können.

dieren, die Zuverdienstgrenze komplett zu streichen und es so zu machen wie vor der Einführung der Grundversorgung. Damals war es möglich, etwas zu verdienen und musste dann eben für das Quartier und die Verpflegung etwas bezahlen. Sinnvoller wäre eine begrenzte Zeit in der Grundversorgung mit einem automatischen Übergang in die Sozialhilfe. Also Grundversorgung gibt es maximal für ein Jahr und wenn es nicht gelungen ist, das Asylverfahren zu beenden, dann werden sie automatisch in das Sozialhilfesystem übernommen. Damit wären Asylsuchende automatisch als arbeitssuchend beim AMS registriert.

aa: Frau Hörl, wollen Sie noch etwas zu diesen Wünschen sagen?

GH: Wohnen ist schon angesprochen worden und der nicht verfügbare Wohnraum. Es wird nicht leichter werden. Ich würde mir wünschen, dass wir diese Vier-Monatsregel wegbekommen, nach der anerkannte Flüchtlinge die Grundversorgung verlieren. Es ist schwierig und für die Menschen beängstigend, wenn sie innerhalb dieser vier Monate keinen Wohnraum

finden können. Wenn es sich nicht um eine Familie mit minderjährigen Kindern handelt, dann verlieren in Salzburg die Menschen den Grundversorgungsplatz. Ich wünsche mir hier die Möglichkeit eines längeren Verbleibs von Anerkannten.

Was noch nicht angesprochen wurde, ist der Gesundheitsbereich. Ganz schwierig gestalten sich nach wie vor Ärzt:innenbesuche für grundversorgte Personen. Wenn sich Ärzt:innen weigern, Menschen zu behandeln, weil sie der Sprache nicht kundig sind, dann werden Videodolmetschsysteme nicht nur in Krankenhäusern, sondern auch im niedergelassenen Bereich dringend gebraucht.

Bezüglich Mobilität wäre das Vorarlberger Modell¹ wünschenswert, nicht nur für grundversorgte Personen, sondern für alle Menschen, die entweder im Grundversorgungs- oder Sozialhilfebezug sind.

¹ „maximo fair“ € 19,- pro Monat in ganz Vorarlberg